

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 184 (2018)

Heft: 11

Artikel: Kampffjets : "Finanzierung aus ordentlichem Armeebudget"

Autor: Erni, Hans-Peter

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-813260>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kampfjets: «Finanzierung aus ordentlichem Armeebudget»

Um die neuen Kampfflugzeuge und das neue BODLUV grösserer Reichweite im Rahmen von Air2030 zu finanzieren, reicht ein moderater Anstieg des Armeebudgets bereits. Die vorgesehenen real 1,4 Prozent sind weniger als das durchschnittliche Wachstum des Bundes. Das sagt Marc Siegenthaler, Chef Ressourcen VBS, im Interview mit der ASMZ.

Hans-Peter Erni

Acht Milliarden Franken für neue Kampfjets und ein neues BODLUV grösserer Reichweite: Warum braucht es diese Beschaffung?

Marc Siegenthaler: Die Schweiz braucht neue Kampfflugzeuge und ein neues System zur bodengestützten Luftverteidigung, um auch nach 2030 die Menschen in der Schweiz vor Bedrohungen aus der Luft zu schützen. Die heutigen Mittel sind in die Jahre gekommen oder wir haben Lücken. Diese Lücken will der Bundesrat füllen. Uns allen ist klar: Kampfjets und BODLUV sind grosse Beschaffungen. Sie kosten Geld. Aber wenn man an den Schutz der Menschen denkt, so lohnt es sich. Ohne diese Mittel ist die Schweiz Angriffen aus der Luft schutzlos ausgeliefert, kann bei internationalen Konferenzen nicht den nötigen Schutz gewähren und kann auch im Alltag den luftpolizeilichen Dienst nicht sicherstellen.

Es geht also um eine ganz grundsätzliche Frage: Will die Schweiz eine Armee, die die Menschen schützt, die hier leben, wohnen und arbeiten? Weil das uns alle angeht, will der Bundesrat für diese Grundsatzfrage ein Referendum ermöglichen. Das ist mit dem Planungsbeschluss möglich.

Und wie soll die Schweiz diese acht Milliarden finanzieren?

Der Bundesrat hat in seinen bisherigen Beschlüssen bereits über ein Finanzierungsmodell entschieden und dabei auch die anderen Teile der Armee nicht vergessen. Wir benötigen ja nicht nur die acht Milliarden Franken für den Schutz des Luftraums, sondern es stehen auch dringende Beschaffungen für die übrigen Teile der Armee bevor. Wir sprechen hier von weiteren sieben Milliarden Franken. Das ergibt zusammen also Investitionen von 15 Milliarden Franken – über rund zehn

Jahre verteilt, und für eine Nutzungsdauer von voraussichtlich rund 30 Jahren.

Die Armee kann aus ihrem heutigen Budget jedes Jahr rund eine Milliarde Franken für solche Investitionen zur Verfügung stellen. Das sind in zehn Jahren zehn Milliarden Franken. Um die übrigen fünf Milliarden zu erreichen, erhöht der Bundesrat die Mittel der Armee. Dabei genügt bereits ein moderater Anstieg. Es braucht einen jährlichen Zuwachs von real 1,4 Prozent, um in zehn Jahren die benötigten zusätzlichen fünf Milliarden Franken zu erreichen.

Haben dann andere Bereiche des Bundes das Nachsehen?

Nein. Dieses Finanzierungsmodell hat einen grossen Vorteil: Der Anstieg bei der Armee ist nach wie vor tiefer als das generelle Wachstum, mit dem für den gesamten Haushalt des Bundes gerechnet wird. Der Armee werden real 1,4 Prozent Anstieg zugesprochen. Der Vorteil unseres Finanzierungsmodells liegt also darin, dass sich auch die übrigen Aufgabenbereiche des Bundes angemessen entwickeln können. Denn die Finanzierung läuft über das ordentliche Armeebudget.

Grob gesagt: acht Milliarden für die Luft und sieben Milliarden für den Boden. Bleibt es bei diesen Beträgen?

Für die neuen Kampfflugzeuge und das neue BODLUV grösserer Reichweite hat der Bundesrat bereits die Beschlüsse gefasst. Demnach soll das VBS diese Beschaffungen mit einem Finanzvolumen von maximal acht Milliarden Franken planen. Bei den sieben Milliarden Franken für die Investitionen in anderen Bereichen der Armee ist darauf hinzuweisen, dass die Armee bereits starke Prioritäten gesetzt hat. Eigentlich bräuchte es Investitionen in der Grössenordnung von zehn Milliarden Franken, um im nächsten Jahrzehnt die Boden- und Führungs-

systeme vollständig zu ersetzen. Diese Systeme kommen an das Ende ihrer Nutzungsdauer. Es geht hier um Hauptssysteme der Armee, nämlich die Kampfpanzer Leopard, alle auf dem Schützenpanzer M-113 basierenden Spezialfahrzeuge der Genie und der Artillerie, die Aufklärungsfahrzeuge 93 und die gesamte Flotte der Radschützenpanzer Piranha. Zudem braucht es Investitionen in Lastwagen und weitere Spezialfahrzeuge und auch in Führungs- und Kommunikationssysteme.

Könnte man die Beschaffungskosten nicht günstiger halten, wenn der Bundesrat auf Offsets verzichten würde?

Offset-Geschäfte machen die Beschaffungen teurer. Um wie viel, ist allerdings umstritten. Der Industrieverband Swissem schätzt die Mehrkosten auf höchstens ein bis fünf Prozent. Das geht aus seiner Stellungnahme in der Vernehmlassung zum Planungsbeschluss hervor. Demgegenüber steht der Nutzen: Offsets stärken die sicherheits- und rüstungspolitisch relevante Industriebasis der Schweiz und bringen generell schweizerischen Unternehmen zusätzliche Aufträge, ermöglichen den Zugang zu interessantem Know-how, erleichtern die Erschliessung neuer Märkte und erhalten damit Arbeitsplätze in der Schweiz. In einer volkswirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Betrachtung überwiegen also die Vorteile über die mögliche Verteuerung. Deshalb hat der Bundesrat an seiner Politik festgehalten, für Rüstungsbeschaffungen 100 Prozent Offsets zu verlangen. ■



Oberst i GSt
Hans-Peter Erni
El. Ing. HTL
SC NKf LW
8340 Hinwil